

Bankenaufsicht I

Ein europäisches Projekt

Erwartet Elke König bei dem anstehenden Stresstest von EZB und EBA einen zusätzlichen Kapitalbedarf bei deutschen Banken? Legt man diverse Interpretationen der Rede zugrunde, die die Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzaufsicht beim Neujahrspresseempfang gehalten hat, wird das von einigen Beobachtern wohl so gesehen. Freilich sollte man bei solchen Mutmaßungen immer im Auge behalten, dass es sich bei der europäischen Bankenaufsicht nicht um ein nationales, sondern um ein europäisches Projekt handelt. Insofern kann und darf weder der Bilanztest noch der sich daran anschließende Stresstest darauf ausgelegt sein, möglichst in jedem Land unterkapitalisierte Banken zu finden.

Oberstes Gebot muss es vielmehr sein, alle begutachteten Banken an vergleichbaren Kriterien zu messen. Darauf hat Bundesbankpräsident Jens Weidmann wiederholt hingewiesen, Gunter Dunkel hat es in seiner Funktion als VÖB-Präsident angesprochen. Und genau das ist bei der diesjährigen Neujahrsansprache als auch in den Wochen und Monaten zuvor immer wieder ein Anliegen der BaFin-Präsidentin gewesen. Ihr geht es einerseits darum, durchaus anspruchsvolle Stressszenarien zur Anwendung zu bringen, um damit eine glaubwürdige Widerstandsfähigkeit der deutschen und europäischen Bankenszene gegen mögliche Widrigkeiten der Finanzmarktentwicklung sicherzustellen. Andererseits fordert sie aber auch Augenmaß bei der Festlegung des Anforderungskatalogs.

Dass ein solcher Stresstest auch für deutsche Banken Kapitalbedarf aufzeigen könnte, ist unbestritten, es hängt schlicht und einfach vom Versuchsaufbau, sprich den Stellschrauben für diesen Härtest ab. Je nachdem wie diese festgelegt und variiert werden, können es mal jene und mal andere Kreditinstitute schwerer haben, die Anforderungen zu erfüllen. Das gilt für die Bewertung von Staatsanleihen oder für mögliche Vorgaben für eine Leverage Ratio bis hin zu den Szenarien für die künftige Entwicklung von Teilmärkten wie Immobilien oder Schiffe. An dieser Stelle im Vorfeld der tatsächlichen Prüfung ungeschützt wahrscheinliche Wackelkandidaten zu nennen – wie das in einigen Medien durchaus geschieht – ist ohne Wissen um die letztlich angelegten Kriterien und ihre Gewichtung unseriös.

Im Ergebnis will Elke König durch die anstehenden Prüfungen der europäischen Banken ganz allgemein möglichst vielen Eventualitäten vorgebeugt wissen. Positive Stresstestergebnisse für geprüfte

Banken, die wie beim vorherigen EBA-Test schon nach wenigen Wochen oder Monaten durch die Marktentwicklung als zu sanft entlarvt werden, will sie möglichst vermeiden. Denn das würde nicht nur dem Ruf der EZB, sondern auch dem aller Aufsichtsinstanzen erheblichen Schaden zufügen. Im Zweifel darf es dann bei den unterstellten Extremszenarien ruhig mal etwas mehr sein, um Wackelkandidaten nur ja früh genug zu identifizieren.

Auf ein lasches Prüfungsgebaren der hiesigen Aufsicht dürfen sich die Banken auch aus einem anderen Grund kaum einstellen. Denn bei allem natürlichen Misstrauen der Aufsichtsbehörden gegenüber der Finanzindustrie zeigt sich die Spitzenaufseherin von den ständigen Manipulationsvorwürfen und den notwendigen Untersuchungen zu diversen Referenzzinssätzen hörbar genervt. Gerade den möglichen Verfehlungen bei der Ermittlung von Referenzwerten für die Devisen- und Edelmetallmärkte misst sie dabei eine besondere Qualität bei, weil diese typischerweise auf realen Transaktionen in liquiden Märkten beruhen. All die Untersuchungen und Aufräumarbeiten der Aufseher rund um die Referenzzinssätze könnten für die Banken leicht unerwünschte Nebenwirkungen haben. Allen Formen der Selbstkontrolle und Selbstverpflichtung bis hin zum Zutrauen in die eigenständige Ausgestaltung der internen Modelle dürften sie jedenfalls wenig förderlich sein.

Einen übermäßigen Verlust an Einfluss scheint die hiesige nationale Bankenaufsicht allem Eindruck nach vorläufig nicht fürchten zu müssen. Denn bei der momentan vorgesehenen personellen Ausstattung der europäischen Instanzen werden diese schon der puren Aufgabenfülle wegen auf absehbare Zeit darauf angewiesen sein, die nationalen Aufseher mit in ihre Arbeit einzubinden. Im Sinne der Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Aufsichtskultur ist das durchaus ein hoffnungsvoller Aspekt.

Bankenaufsicht II

Stilfragen

„Die Manipulationsvorwürfe haben eine Branche in Verruf gebracht, deren Ansehen ohnehin lädiert war, die aber wie kaum eine andere darauf angewiesen ist, dass man ihr vertraut. Umfassende Regulierung und wirksame Kontrolle werden helfen, dieses Vertrauen wieder aufzubauen.“ So drückte die BaFin-Chefin Elke König einerseits ihre Empörung, gleichzeitig aber auch den deutlich härteren Anspruch an die Regeln, aber auch die Aufsichts-

behörden selbst auf dem Neujahrsempfang ihres Hauses aus.

Mit Blick auf das Image der Branche und auch das hehre Ziel der Finanzstabilität muss eine Aufsichtsbehörde solchen Vorgängen nachgehen und gegebenenfalls auch deutliche Worte sprechen. Gegen einen gewissen rauen Umgangston zwischen Aufseher und Beaufsichtigtem ist zwar per se nichts einzuwenden. Und allzu große Harmonie und Einigkeit würde eher verdächtig denn glaubhaft wirken, sind die Interessenlagen doch mitunter eher unterschiedlicher Natur. Schwierig wird es allerdings dann, wenn solche Dinge nicht hinter verschlossenen Türen, sondern in breiter Öffentlichkeit diskutiert werden.

Schlechtestes Beispiel ist der andauernde Schlagabtausch zwischen der Führungsspitze der Deutschen Bank und der BaFin um die Aufseherin und Abteilungsleiterin Frauke Menke. Bereits 2012 gab es zum ersten Mal Unstimmigkeiten, als Menke dem Amerikaner William Broeksmit die Ernennung zum neuen Risikovorstand des Instituts mit der Begründung verweigerte, Broeksmit habe zu wenig Führungserfahrung – ein deftiger Schuss vor den Bug des neuen Führungsduos Anshu Jain und Jürgen Fitschen. Von da an war klar, dass aus dieser Beziehung keine große Liebe mehr werden kann. Auch an anderen Stellen hat Menke immer wieder unter Beweis gestellt, wie sie Aufsicht interpretiert: Deutlich, streng, fordernd, eben ungemütlich mit einem mitunter sehr rauen Ton. Das macht bei all den Beaufsichtigten sicherlich nicht beliebt.

Was in den vergangenen Wochen abläuft, schadet allerdings allen Beteiligten mehr als es nutzt. Es ist weder der Reputation der Deutschen Bank noch der BaFin zuträglich, wenn harsche Formulierungen aus Briefen an die Öffentlichkeit gelangen, wenn die Führungsspitze dies mit Verweis auf den Namen der Aufseherin kritisiert, gar Dinge wie eine Hetzjagd vermutet oder mehr oder weniger laut von „kriminellen Verhalten“ spricht. Fakt ist: Die Deutsche Bank ist kein Waisenknabe und das Führungsduo Jain/Fitschen offensichtlich keineswegs so gefestigt, wie es das eigentlich sein sollte. Dafür wird zu viel nach außen durchgestochen – auch vonseiten der Deutschen Bank, von wem auch immer. Doch auch eine Aufsichtsbehörde sollte sich bei allem Unmut über vermeintliches Fehlverhalten einzelner oder einer ganzen Abteilung beziehungsweise eines ganzen Hauses an belastbares Material und die erprobten Spielregeln halten. Es stünde allen Seiten etwas mehr Gelassenheit und ein besserer Umgangston gut zu Gesicht, im eigenen Interesse wie in dem einer gesamten Branche. Sonst wird es viele Verlierer geben. Und das kann auch Elke König nicht gefallen, die diesem Treiben sicherlich nicht unendlich lange tatenlos zusehen wird.

Genossenschaftsbanken

Gut gemacht!

Das Jahr Eins nach einem Führungswechsel ist in der Regel nicht ganz leicht. Erst recht wenn der ehemalige Vorstandsvorsitzende das Haus über viele Jahre entscheidend geprägt hat und standesgemäß mit einem Rekordergebnis in den (vermeintlichen) Ruhestand verabschiedet wurde. Es muss ein gemeinsamer Weg mit dem oder der „Neuen“ erarbeitet werden, Strukturen müssen angepasst, Berichtswege neu definiert, Prozesse überdacht werden, kurz und knapp, man muss sich aneinander gewöhnen. Das ist nicht ganz so schwierig, wenn der Nachfolger ein Eigengewächs ist und ebenfalls das Haus schon seit vielen Jahren beglückt. All das trifft auf die Frankfurter Volksbank sicherlich zu, und doch soll es den Erfolg nicht schmälern. Zum gesamten Wirken der Vorstandsvorsitzenden und ihrer Vorstandskollegen, der Positionierung der Bank in der breiten Öffentlichkeit ebenso wie im Verbund und natürlich nicht zuletzt auch dem für das abgelaufenen Geschäftsjahr vorgelegten Zahlenwerk kann man nur sagen: Gut gemacht!

Es passt, dass knapp unterhalb des Gipfels der Rekorde innegehalten wurde, auch wenn natürlich ein neuerliches Gipfelfoto in veränderter Besetzung möglich gewesen wäre. Die 1,5 Millionen Euro zum Erreichen eines neuerlichen Rekordergebnisses hätten mühelos dargestellt werden können. Doch es hat Charme, und es ist klug, weil weitaus wirkungsvoller, dass Eva Wunsch-Weber bewusst auf ein solches Signal verzichtet hat. Auch die damit verbundene Stärkung der Eigenmittel aus einbehaltenen Gewinnen auf nunmehr über eine Milliarde Euro ist ein starkes Signal nach innen wie außen. 480 000 Kunden und über 186 000 Mitglieder honorieren diese Solidität. Und wenn es noch externer Anerkennung zur Bestätigung bedürfte, liefern dies zahlreiche Preise unter anderem für die Anlageberatung oder das Kundenvertrauen, die die Frankfurter Volksbank einmal mehr abräumte.

Während die Bilanzsumme (8,29 nach 8,21 Milliarden Euro), die Kundenkredite (4,80 nach 4,68 Milliarden Euro) und auch die Kundenverbindlichkeiten (6,62 nach 6,44 Milliarden Euro) zulegen konnten, ging der Zinsüberschuss 2012 fast erwartungsgemäß um 2,6 Prozent auf 247 Millionen Euro zurück. Das der Rückgang trotz des widrigen Umfeldes nicht stärker ausfiel, liegt zum einen an Konditionenanpassungen auf der Passivseite, wo die Verzinsung der Einlagen zurückgenommen wurde, als auch an der umsichtigen Risikopolitik. Die Frankfurter Volksbank wolle angemessenes

Wachstum mit angemessener Bonität über alle Kundengruppen hinweg, so Wunsch-Weber. Verbunden mit Kostendisziplin und Prozesseffizienz führt dies zu Margen im Kreditgeschäft, die trotz deutlich gesunkener Zinsen nicht „schlechter sind als vor fünf Jahren“.

Der deutliche Zuwachs beim Provisionsüberschuss liegt vor allem an den Erfolgen der Vermögensverwaltung: Hier konnten sowohl das verwaltete Vermögen als auch die Anzahl der Mandate um 27 Prozent gesteigert werden. Am hart umkämpften Bankenplatz Frankfurt verdienen solche Leistungen noch mehr Respekt.

Bleiben also für das laufende Jahr vor allem die nicht direkt beeinflussbaren Faktoren. Die Konsequenzen einer europäischen Bankenaufsicht sind derzeit ebenso wenig zu kalkulieren wie die Stimmung in Brüssel in Sachen Einlagensicherung. Ob die auch von Eva Wunsch-Weber formulierten Appelle an die Politik, sich für die Belange der Sparkassen und Kreditgenossenschaften einzusetzen, ausreichen werden, ist fraglich. Auch eine stärkere Differenzierung der Regulierung nach dem Risikogehalt beziehungsweise den unterschiedlichen Geschäftsmodellen wird sich in einem zusammenwachsenden Europa mit dem Drang zur Harmonisierung immer schwerer durchsetzen lassen. Aber ordentliche Primärbanken werden auch diese Herausforderungen zu nehmen wissen. Frankfurt gehört sicherlich dazu.

Geschäftserwartungen

Pessimismus allenthalben

In Sachen Optimismus sind deutsche Banken mit Abstand das Schlusslicht in Europa: Die Branche erwartet zwar mehrheitlich (zu 58 Prozent), dass sich die Konjunktur hierzulande in den kommenden sechs Monaten erholen wird. Doch mit Blick auf das eigene Haus zeigen sich die Banker weniger zuversichtlich: Nur 35 Prozent glauben, dass sich für diesen Zeitraum auch die Aussichten für das eigene operative Geschäft verbessern. 42 Prozent vermuten eine unveränderte Lage, 23 Prozent sogar eine Verschlechterung. Im europäischen Durchschnitt zeigen sich dagegen 60 Prozent der Kreditinstitute für die eigenen Aussichten optimistisch, 28 Prozent rechnen mit keiner Veränderung und lediglich zwölf Prozent erwarten eine schlechtere Lage. In den skandinavischen Ländern glauben gar 93 Prozent der Banker an eine Verbesserung der eigenen Geschäftsaussichten, bei den Briten gehen 87 Prozent von einem Aufwärtstrend in den kommenden sechs Monaten aus. Das sind Ergeb-

nisse des Bankenbarometers, für das Ernst & Young 184 Banken in mehreren europäischen Ländern befragt hat, 41 davon in Deutschland.

Angesichts niedriger Zinsen, hoher Kosten infolge regulatorischer Maßnahmen und eines bisweilen als durchaus hart empfundenen Wettbewerbs dürfte Pessimismus nicht einmal die schlechteste aller Startvoraussetzungen für das anlaufende Jahr sein. Bedeutsam ist aber, was die Institute daraus für sich ableiten: Immerhin die Hälfte der deutschen Banken plant, im kommenden Halbjahr den Gürtel enger zu schnallen. Dabei stehen Prozessoptimierung und Automatisierung (59 Prozent), Kostensenkungen (51 Prozent) und die Minimierung nicht unbedingt benötigter Ausgaben (44 Prozent) ganz oben auf der Liste der genannten Maßnahmen.

Zudem führen die Banken nicht nur ihren Sparkurs fort, sondern bereiten sich durchaus auch auf mögliche Kreditausfälle und Abwertungen vor: Drei von zehn deutschen Banken planen, ihre Gesamtrisikovorsorge im Kreditgeschäft zu erhöhen – jede zehnte erwartet eine Reduzierung, 60 Prozent ein gleichbleibendes Niveau. Dieses Vorgehen darf durchaus eher als tendenziell solide und vorsichtige Geschäftspolitik denn als übertriebener Pessimismus gewertet werden. Zumal sich laut Bericht der Bundesbank zur Ertragslage der Kreditwirtschaft im Jahr 2012 der Risikovorsorgebedarf im Kreditgeschäft der Institute bereits (wie in den Vorjahren) auf niedrigem Niveau bewegte.

Ein anderes Ergebnis der Befragung lässt jedoch mit Augenmerk auf die Ausgabenseite aufmerksam werden: Maßnahmen aus den Bereichen Innovation und Wachstum wird für die kommenden sechs Monaten eher wenig Bedeutung zugestanden. Während im europaweiten Vergleich etwa 41 Prozent der Kreditinstitute in neue Vertriebskanäle investieren möchten, sind es hierzulande nur 22 Prozent. 25 Prozent der europäischen Banken möchten neue Produkte entwickeln und einführen, etwa halb so viele (zwölf Prozent) sind es in Deutschland. Die Erschließung neuer Geschäftsfelder steht bei 18 Prozent der europäischen Banken auf der Agenda, aber nur bei zwei Prozent der deutschen. Und auch die Internationalisierung beziehungsweise das Erschließen neuer Auslandsmärkte hat wenig Vorrang: 14 Prozent der europäischen Institute möchten hier ihre Bemühungen verstärken, nur zwei Prozent der deutschen.

Das Drehen an der Kostenschraube und die Erhöhung der Risikovorsorge mögen angesichts eines als schwierig empfundenen operativen Geschäftes sinnvolle Maßnahmen sein, sie sollten aber nicht den Blick auf Innovation und Wachstum verstellen.